



Haushalts- und Finanzausschuss

64. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

6. November 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:20 Uhr;
13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf/in: Ulrike Schmick, Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre und entsprechender Versorgungsempfänger in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4313

In Verbindung damit:

Keine Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4328

Vorlage 13/2350

Öffentliche Anhörung

Die Sachverständigen geben ihre Stellungnahme ab und beantworten anschließend Fragen der Ausschussmitglieder.

^{*)} Vertraulicher Teil zu TOP 12 s. Vertr. APr 13/36

Institution	Redner	Zuschriften	Seiten
Landkreistag NRW	Dr. Alexander Schink	13/3257 13/8270	2, 14, 22, 33
Städte- und Gemeindebund NRW	Hans-Gerd von Lennep	13/3277 (s. auch 13/3315)	3, 21, 33
Städtetag NRW	Dr. Helmut Fogt	13/3255	5, 12, 14, 24, 31, 33
Deutscher Beamtenbund, Landesbund NRW	Ralf Eisenhöfer Wolfgang Römer	13/3254	7, 27 28
Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk NRW	Hans Kirschhall Werner Swienty (GdP)	13/3259	10, 25, 32 31

2 Verfahrensstand der aktuellen Steuerschätzung

34

Bericht des Finanzministeriums

An einen kurzen Bericht von Jochen Dieckmann schließt sich eine Aussprache an.

3 Veräußerung einer Liegenschaft in Bielefeld-Senne

38

Vorlage 13/2328

Vertrauliche Vorlage 13/24

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“ **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, in die Grundstücksveräußerung **einzuwilligen**.

Berichterstatter: Günter Garbrecht (SPD)

**4 Städte- und Gemeindefinanzierung mit Zukunft
Verlässliche Einnahmen - Gemeindeeigene Steuern - Wegfall der Gewerbesteuer** 38

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3578
Drucksache 13/4087 (Zwischenbericht)

Der Ausschuss berät den Antrag abschließend.

Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Antrag abzulehnen**.

5 Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 2003 41

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3899
Drucksache 13/4404 (Zwischenbericht)

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf abzulehnen**.

6 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze 42

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3855
Drucksache 13/4529 (Zwischenbericht)

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, gegenüber dem federführenden Ausschuss **kein Votum abzugeben**.

7 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen 43

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

Die Beratung wird vertagt.

8 Landesjugendplan auf verlässliche Basis stellen 43

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3522

Drucksache 13/4119 (Zwischenbericht)

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

**9 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;
hier: 33. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz
(HBFVG) 45**

Vorlage 13/2258

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatterin: Angela Freimuth (FDP)

10 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen 45

Vorlage 13/2273

Die Vorlage wird im Rahmen einer kurzen Erörterung zur Kenntnis genommen.

11 Verschiedenes 46**12 Landesbürgerschaft LTU 46**

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, die **Vertraulichkeit** herzustellen (s. *Vertr. APr 13/36*).

Der Vorschlag der FDP-Fraktion gehe in die richtige Richtung. Die CDU-Fraktion werde sich aber auch hier der Stimme enthalten, weil sie auf eigene Anträge verweisen könne.

Erwin Siekmann (SPD) entgegnet, in der Anhörung hätten die Spitzenverbände zum Ausdruck gebracht, dass die Gemeindeordnung in dieser Legislaturperiode nicht mehr umfangreich geändert werden sollte, sondern dass es sinnvoll sei, wenn die Kommunen mit den in der vorigen Legislaturperiode geänderten Regelungen erst einmal eine Wahlperiode arbeiteten.

Dieses Argument habe nach intensiver Diskussion innerhalb der Koalitionsfraktionen dazu geführt, Änderungswünsche, die es auch aufseiten der Koalition gebe, zunächst zurückzustellen und eine größere Überarbeitung der Gemeindeordnung in der nächsten Legislaturperiode in Angriff zu nehmen.

Angela Freimuth (FDP) erwidert, leider geschehe es in vielen Bereichen der Gesellschaft, dass die Notwendigkeit einer Veränderung zwar erkannt, aber trotzdem wie bisher weitergemacht werde - das, was man auch als "German disease" bezeichne. In unseren Nachbarländern werde eine gesetzliche Regelung, die sich als falsch oder nicht praktikabel herausstelle, ruck, zuck geändert, während die deutschen Parlamente es versäumten, das, was sie als fehlerhaft erkannt hätten, sofort zu korrigieren. Ankündigungen, dass irgendwann eine "große Reform" gemacht werde, habe sie von Politikern verschiedener Parteien in den letzten Jahren oft gehört, aber dann sei es hinterher meistens doch nicht zu einer wirklichen Reform, sondern nur zu "Kompromisschen" gekommen. Selbst wenn der FDP-Gesetzentwurf nur ein Schritt in die richtige Richtung sei, werbe sie dafür, ihn jetzt zu tun und nicht wieder viel zu viel Zeit zu verlieren.

Der **Ausschuss** lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion ab.

6 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3855
Drucksache 13/4529 (Zwischenbericht)
Vorlage 13/2339
Ausschussprotokoll 13/936

Vorsitzender Volkmar Klein erläutert vorab, dieser Gesetzentwurf sei an den AGS-Ausschuss - federführend - und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden. Der federführende Ausschuss habe am 11. Juli 2003 eine Anhörung durchgeführt und die anderen Ausschüsse gebeten, ihre Voten rechtzeitig vor der für den 26. November vorgesehenen abschließenden Beratung vorzulegen.

Manfred Palmen (CDU) schlägt vor, auf ein Votum zu verzichten. Die CDU-Fraktion wolle - als Ergebnis der Anhörung - Änderungsanträge vorlegen, über die allerdings in der Fraktion noch diskutiert und entschieden werden müsse. - Im Hinblick auf den auch in ihrer Fraktion noch bestehenden Beratungsbedarf plädiert **Angela Freimuth (FDP)** ebenfalls dafür, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzugeben.

Der **Ausschuss** beschließt dies einstimmig.

7 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

Nach dem Hinweis des **Vorsitzenden Volkmar Klein**, dass der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz zu diesem Gesetzentwurf am 10. November 2003 eine öffentliche Anhörung durchführen werde, kommt der **Ausschuss** überein, die Beratung zu verschieben.

8 Landesjugendplan auf verlässliche Basis stellen

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3522
Drucksache 13/4119 (Zwischenbericht)

Vorsitzender Volkmar Klein stellt fest, dieser Antrag sei zur Mitberatung an den HFA überwiesen worden. Die erste Beratung im federführenden Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie habe ergeben, dass eine relativ große Einmütigkeit darin bestehe, dass es gerade in Zeiten, in denen die Spielräume in den öffentlichen Kassen kleiner würden, wichtig wäre, mehr Planungssicherheit zu geben.

Christian Lindner (FDP) bestätigt, dass in der Tat im Jugendausschuss hinsichtlich dieses Anliegens großes Einvernehmen bestanden habe. Das sei aber seit nunmehr neun Monaten folgenlos geblieben. Zwar werde der Intention des Antrages durch den Doppelhaushalt für diese Legislaturperiode Rechnung getragen, aber die Wichtigkeit des Themas gebiete, auch ein Signal in die kommende Legislaturperiode zu senden. Dies verlange auch der Umgang mit den Zuwendungsempfängern auf Augenhöhe. Zurzeit spiele sich das so ab: Die Landesregierung beschließe, die Förderung der Jugendsozialarbeit - im letzten Jahr 5,5 Millionen € - auszusetzen, und teile den bisherigen Zuwendungsempfängern mit, sie möchten sich doch innerhalb von vier Wochen um Zuwendungen aus der Wirtschaft oder von Stiftungen bemühen. Das sei nicht seriös.

Das Anliegen des Antrages sei nicht, die jetzige Förderhöhe stetig fortzuschreiben, sondern Möglichkeiten zu finden, mit den knapper werdenden Spielräumen die Arbeit vor